

Der Landesverrat der Valuta-Spekulanten.

Unter dieser Ueberschrift macht die „S. Z.“ am Mittag' das Problem, die vor hier im Anbetracht der Wichtigkeit des Problems, das jetzt im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, unseren Lesern im Wortlaut übermitteln: Daß der neue Kursfuß der Mark nur zum Teil durch die internationale Wirtschaftslage verursacht ist, zum größeren und schlimmeren Teil aber durch die deutsche, besonders durch die Berliner Marktspekulation, wird nunmehr ziemlich allgemein zugegeben. Die Angehörigen, die von diesen Spekanten der Börse, die sich nur in Katastrophenzeiten dort Einfluß schaffen können, für ihr Geben gegeben wurden, sind von ähnlicher Dummheit: „erklärte“ man den Markkurs mit dem „großen Weltende“ des „Krieges“. Auf deutsch heißt das: Das Reich muß morgen Desingen laufen, also laufen wir sie ihm heute nach vor der Waise weg, um sie ihm morgen zu Wucherpreisen anzuhängen. Ein effeneres Geändnis, daß nicht legt ihm W. darf, sondern nur Profitgier mit diesen Spekulationen betriebe werden soll, ist noch nie abgelehnt worden. Die lange will die Regierung nun noch warten, um diesen gewisslosen Spekanten klar zu machen, daß niemand, auch in den freundschaftlichen Ländern nicht, ein „Recht“ auf solches Spiel mit der heimischen Währung hat.

Es ist aber noch schlimmer. Da diese Spekulation mit der Mark in den nachigen Bedingungen der deutschen Wirtschaft keine Stütze findet, von den ausländischen Werten die beidenseitigen dem Berliner Marktskurs nur immer nachhinken, also behindert wird, so haben die Berliner Marktspekulatoren bereits die Auslandsbörsen betrügerisch zu beeinflussen. Man hat nur haben sie Geldbesitzer für Spekulation in Newyork zu bringen gesucht, ein deutschamerikanischer Bankier aus Newyork, der zu kurzem Besuch hier war, machte uns auf folgendes aufmerksam:

Es ist seit einiger Zeit in Newyork aufgefallen, daß vor der amtlichen Kursnotierung aus Berlin, die meist erst zum Vorkensfuß oder zur Nachbörse dort eintrifft, sogenannte private Kursmeldungen noch zur Hauptbörsenzeit eintriften, die stets wesentlich höhere Dollarpreise in Berlin melden, als in den amtlichen Notizen nachher verzeichnet sind. Diese Meldungen beeinflussen die Hauptbörsenzeit, in den Marktskurs, worauf die Newyorker Notierung wiederum in Berlin ausgemittelt werden. Daraus erklärt es sich auch, daß die nachbörse Notierung (Notierung) (nach Eintreffen der Berliner amtlichen Notiz) meist eine Markterhöhung zeigen.

Hier ist also ein schwerer Betrag aufzudecken, dem die Regierung, der die Kontrolle der Banken, egramme icschland, leicht auf die Spur kommen kann. Dieses Tun erfüllt unserer Ansicht nach den Tatbestand des Landesverrats, und die Schuldigen sollten mit hohen Kerkerstrafen bestraft werden. Bevor man nicht zu solchen Maßnahmen greift, wird die Währungsung dieser Spekanten, gegen die sich die Börse vergeblich wehrt, doch nicht gelingen.

Der Schiedspruch im Hamburger Verkehrsstreik abgelemt.

Hamburg, 29. Sept. (Eig. Telegramm.) In der von dem Hamburger Verkehrsangehörigen veranstalteten Hauptversammlung wurde der Schiedspruch des Schiedsgerichtschusses mit fast 90 Proz. aller Stimmen abgelehnt. Daraufhin hat eine neue Vermittlungskommission der maßgebenden Stellen eingesetzt. Falls diese letzteren sollte, ist mit Schlichtung mit dem Ausbruch des Verkehrsstreikes zum 1. Oktober zu rechnen.

Die Unterbarkeit Oesterreichens.

Berlin, 28. Sept. Eine Anzahl oberösterreichischer Verbände, darunter der Oberösterreichische Berg- und Hüttenmännische Verein, der Bauverband, der Gewerkschaftsverband, der Gewerkschaftsverband und der katholische Kreis, haben der deutschen Regierung um angelegtes Material übermitteln, in dem neuerdings die Unterbarkeit Oesterreichens hervorgehoben wird, und gebeten, dies Material an den Kaiserreich weiterzugeben. Die deutsche Regierung wird in den nächsten Tagen das Material in einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerbund unterbreiten.

Strenge Sperrung der deutsch-polnischen Grenze durch die Engländer.

Brüssel, 28. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Seit Montag macht sich eine auffällige Verstärkung der englischen Truppen an der deutsch-polnischen Grenze bemerkbar. Wie verlautet, bestanden die englische Hauptquartiere, die um Grenzsperrung als bisher zu handhaben, um den Grenzgebietern zweifelhafte Elemente für die Zukunft völlig zu unterbinden. Der Grenzschutzdienst wird von deutschen Grenzschutzbeamten gemeinsam mit englischen Militär ausgeübt. Diese Maßnahmen sind besonders im Hinblick darauf getroffen worden, daß in der letzten Zeit der Waffenstillstand in aufständiger Weise zusammengefallen hat. In den letzten Tagen sind wieder eine Anzahl von Schwärzern festgestellt worden, bei denen Untersuchungsbefragungen, Akten und reichliche Munition vorgefunden wurde.

Der Polizeipräsident Poehner tritt zurück.

Der Polizeipräsident Poehner hat gestern sein Geschäft um Entsendung von seinem Posten eingebracht. Er begründet dieses Geschäft mit nachstehender Erklärung: „Die bayerische Regierung hat dem Vereinigen der Reichsregierung nachgegeben, in die Aufhebung des bayerischen Währungsverbandes eingewilligt. Der Verfassungsmäßig dem Landtag hat gestern hierzu seine Zustimmung erteilt. Damit ist erörtert das Verbot von Streikunterstützungen und von Vereinnahmungen unter jedem Namen, die Verträge geschlossen auf Schutz, Ausweisung und Aufhebung der Landfriedensverhältnisse, insbesondere insbesondere landfriedensverhältnisse, wie sie und sonstiger die Republik beschützt hat. Die Verhältnisse hätten nicht gegattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechts preisgegeben, um so weniger, als die schwereren Umständen für die nächsten Monate bevorstehen. Unter diesen Umständen sehe ich mich außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiter zu übernehmen. Ich habe daher heute um Entsendung von meinem Posten gebeten.“

Der Frieden mit Amerika.

Washington, 28. Sept. Die demokratischen Senatoren hielten heute eine Konferenz ab, in deren Verlauf beschlossen wurde, daß die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn nicht vom Parteiparlament befragt werden dürfen. Die demokratischen Senatoren haben frei abstimmen, wie sie ihnen ihr Gewissen und ihre persönliche Ansicht über diese Verträge vorzulegen.

Wilson's Rückkehr.

Washington, 27. Sept. Der Senat ist, wie „Chicago Tribune“ meldet, im nächsten Grade bestürzt über den Bericht, daß Präsident Wilson einen Anstoß an die Senatsmitglieder gerichtet hat, worin er alle aufrechten Anhänger des Völkerbundes aufforderte, gegen die neuen Verträge Stellung zu nehmen. Wilson soll einige der Vorsitzenden der demokratischen Senatoren zu sich nach Hause eingeladen haben und soll an die Grundzüge erinnern, die seine erste Stellung zum Völkerbunde und zum Versailles-Vertrag begründet hat. Er soll der Meinung sein, daß die neuen Verträge tatsächlich einen Gegensatz mit Deutschland und ein Verleßen der Verbündeten seitens Amerikas bedeuten.

Die „Pittsburgh Courier“ hat unter den demokratischen Senatsmitgliedern großes Aufsehen erregt. Die bisherige Geschicklichkeit gegenüber dem Harding'schen Vertrag wird über Nacht einer ausgesprochenen Feindseligkeit. John Sharp Williams, der Wilson stets durch die W. durchfolgte, führte die Opposition und hielt eine Rede, die daran berechnet war, dem demokratischen Parteigenossen gegen den Vertrag gerichtet Bewegung hervorzurufen.

Wilson der Heher.

London, 28. Sept. Die „Times“ meldet aus Washington: Auf dem Kapitol entstand eine Art Senatsaktion, als bekannt wurde, daß der normale Präsident Wilson interveniert, um den Widerstand gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland und Ungarn zu härten. Nach Ansicht Wilsons verdienen die Ehre und das Interesse Amerikas die Ratifizierung der Verträge.

Der Verleßerlatte der „Times“ meldet, die Republikaner vertrauen nach wie vor auf baldige Ratifizierung des Friedensvertrages.

„Daily Telegraph“ bringt unter der Ueberschrift: „Der Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in Gefahr“ ein Telegramm seines Newyorker Korrespondenten, in dem es heißt: Die Washingtoner Korrespondenten der Newyorker Blätter sehen ein Licht der Ansicht, daß wichtige Einfälle die demokratische Opposition gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland stärken. Im Senat werde von unvorstelligen Republikanern behauptet, daß die Hand des vorzeitigen Präsidenten Wilson in Deutschland sichtbar werde. Wilson sei der Ansicht, daß der Vertrag einen Gegensatz mit Deutschland und ein Verleßen der Verbündeten bedeuten würde, und auch einen ernstlichen Vertrauensbruch bedeuten würde, die Ratifikation daher abgelehnt werden müßte. Senator Williams der, wie verlautet, bisher für einen Sonderfrieden im Interesse der Welt, erklärte gestern plötzlich im Senat, jedes Uebereinkommen, das die Alliierten und Alliierten der Vereinigten Staaten im Kriege übermäßig lasse, sei eine schandvolle und ruhmlose Nachschrift der amerikanischen Kriegsgeschichte. Senator King erklärte, der vorgeschlagene Friedensvertrag ist schlimmer als der Völkerbund und bedeute weitere Kämpfungen.

Amerika vor schweren Wirtschaftskämpfen.

New York, 28. Sept. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Die in der industriellen Krise der Vereinigten Staaten die Krise mit großen Schritten näherte. Die nächsten Wochen müßten entscheiden, ob es zu einem kurzbarbaren Kollaps komme, darunter zu einem Streik der Eisenbahnen und Bergleute und der anderen Arbeiter oder zu einer gütlichen Regelung und zur Annahme von Lohnerminderungen durch die Arbeiterklasse. Bei den Eisenbahnern scheint eine überwältigende Mehrheit zugunsten eines Streiks vorhanden zu sein.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Sept.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr. Ein Antrag Rath (Komm.) wegen Aufhebung des Strafverlaufs gegen Abg. Wendelin Thomas, wird dem Gesundheitszustand überlassen, ebenso der Entwurf über Verhängung der Währungsnotstandes. Die Währungsnotstandes wird nach kurzer Debatte in den beiden ersten Sitzungen gegen einige Stimmen der bayerischen Volkspartei angenommen. Nach Erledigung einer kleineren Vorlage kommt der zweite Antragstag für 1921 zur Beratung, der die Feuerungsanlagen enthält.

Abg. Steinlopp (Soz.) stellt eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei, die sich gegen die automatische Erhöhung der Gehälter richtet. In Erwartung eines baldigen endgültigen Regulierung der Frage der Feuerungsanlagen stimmt seine Partei dem Antragstag zu.

Abg. Petersen (Dem.) stellt eine ähnliche Erklärung seiner Partei, die namentlich die Regelung der Ostlasten fordert.

Abg. Frau Siegel (N.F.P.) protestiert dagegen, daß die oberen Beamten, die mehr an Feuerungsanlagen erhalten, als die unteren Gehalt beziehen. Das parlamentarische Minimum müsse als Grundlage angenommen werden.

Abg. Baumbach (D. V.) stellt der Index zeigt, daß die Kosten der Lebenshaltung um das 3fache gestiegen sind, die Gehälter nur um das 2fache. Wenn wir der Beamtenklasse nicht helfen, bricht sie zusammen. Deshalb müsse eine solche Renouveau erfolgen, und

zu einer Neuordnung der Gehälter ohne Feuerungsanlagen. Nebst dem ist eine hierzu bezügliche Erklärung seiner Partei. Abg. Dreyer (D. N.) verteidigt eine Erklärung, der zufolge die Vorlage seiner Partei in keiner Weise genügt und eine sofortige Neuordnung der Gehälter erforderlich wird. Der überleitenden Differenzierung müsse ein Ende gemacht werden.

Abg. Dr. Bölle (Zentrum) stimmt einmütig dem Antragstag zu, während aber ebenfalls sofort eine bezügliche Motion einbringen. Die Frage der Feuerungsanlagen müsse losgerückt werden, daß unter allen Umständen eine Währungsnotstandes nach unten festgelegt werde. Im übrigen werde aber eine Differenzierung bei den Ostlasten. Bei den Feuerungsanlagen seien sie nicht angeordnet.

Abg. Rath (Komm.): Die unteren und mittleren Beamten müßten in erster Linie aufgestellt werden. Für die oberen sei das nicht in gleichem Maße erforderlich. Es folgt die Interpellation Müller-Franke (S.) über

Das Unglück in Oppau.

Damit verbunden werden einige Entwürfe der Unabhängigen und Kommunisten zum gleichen Gegenstand.

Abg. Dreyer (S.) beklagt die große Zahl der Opfer, 414 Tote und 180 Vermisste, die aus Leben und Arbeit gerissen sind. Allein 40 Menschen haben jenseit der Augenlicht verloren. Die Zahl der sonst zum Teil schwer Verletzten kann überhaupt noch nicht genannt werden. Von einem Verbrechen kann wohl nicht gut die Rede sein. Rechner weiß davon, daß je viel Material, das seinerzeit für Explosivstoffe bestimmt war, bei Kriegsbeginn für wirtschaftliche Maßnahmen frei wurde, und gerade in Oppau während des Krieges Haupt- und Zentralindustrie war. Nun sind dort nach zwei Jahren ein Chaos mit Inhabal vorhanden und die Bevölkerung lebt in häßlicher Not. Wir verlangen, ob hier noch eine neue Gefahr droht, und richtigerweise Aufklärung des Geschehenen unter Einwirkung der Arbeitervertreter. Der Zilio zeigt außerdem in der Sohle eine Hygienentwicklung von etwa 60 Grad, ohne daß irgendwelche Sicherheitsmaßnahmen getroffen wären. Es war den Arbeitern nachgelassen, dann und wann frische Luft zu schlucken. Es besteht die Befürchtung, daß Sprengungen vorgenommen sind. Jedenfalls hat ein Beamter einen anderen aufgefordert, noch nicht fortzugehen, da er ihm etwas vorzubringen wolle. Der Notstand der hartgenommenen Arbeiter war an eine fremde Firma in Auftrag gegeben worden, die ein Interesse daran hatte, recht schnell das Material fortzuschaffen. Arbeiter und Krämmermänner dürfen in solchen Betrieben, wo es sich um das Leben von Hunderten handelt, nicht angewendet werden. Jedenfalls müssen die Sprengungen sofort unterbrochen und die bestehenden Stills eventuell unter Aufsicht geleitet werden. Den Entwürfen auf Errichtung eines Untersuchungskomitees stimmten wir zu.

Reichsbeamten-Arbeiters-Tage.

Es ist bisher unmöglich gewesen, den Anlaß der Katastrophe aufzuklären, und die Zahl der Opfer festzustellen. Die Zahl der Betroffenen geht in die Hunderte. Die Gemeinde Oppau hat fast gelitten. Man ist aber schon wieder beim Wiederanfang. Es gibt aber noch einen Mann, der in Oppau 4500 Tennen. Es ist vorhergegangen auf Explosivstoffmangel untersucht worden. Wie die Explosion erfolgt ist, wird sich nicht feststellen lassen, weil alle dort anwesend gewesen einen Leichtsinn finden. Die weitere Herstellung dieses Präparates ist sofort eingestellt worden.

Es wird für einen anderen ungefähren Düngeertrag für die Landwirtschaft geltend gemacht.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch Verunreinigungen in der Lagerung die Explosivstoffe für verunreinigt wurde und daß die Vorbereitung der Mische für den Abtransport die Schuld daran trug. Die Reichsregierung hat sofort 10 Millionen Mark für die erste Hilfeleistung der bayerischen Regierung zur Verfügung gestellt. Auch andere Länder haben sich dem angeschlossen. Es sollen die Unterstützungsgelder an Familien gegeben und die Hinterbliebenen entschädigt werden. Wir werden nichts unterlassen, um die Ursachen des Unglücks festzustellen und den Opfern zu helfen. (Beif.)

Das Haus tritt in die Debatte ein. Abg. Dreyer (S.) (Komm.) gibt eine Schilderung der grausamen Ereignisse in Oppau und stellt dem Heidenrat der Arbeiter alle Anerkennung, 83 Prozent aller Bauarbeiter des Oppauer Lagers sich nicht wiederherstellen. Nur 2 bis 3 Prozent gelten als wenig gefährdet.

Der Reichstag hat bereits etwa 50 Mill. in Oppau allein. Dazu kommt der Schaden in Ludwigshafen und Mannheim. Die Vermutungen in der ausländischen Presse, daß es sich um einen neuen geheim hergestellten Explosivstoff handle, hat die Reichsregierung mit vollständigem Untergrund. Die Erklärungen des Ministers haben sich als hinfällig erwiesen.

Abg. Dreyer (D. V.): Wir halten den Reichstag nicht für zuständig für die Schuldfrage. Diese kann heute noch von niemandem entschieden werden, auch nicht von der Wissenschaft.

Reichenhauer (D. V.): Hinsichtlich der Vorbeurteilungen, die eine Wiederholung solcher Katastrophen verhindern sollen, sind wir für sehr die Aufklärung und inwieweit auch dem Untersuchungskommissionen zuzugewandt werden müssen die Urteile sachverständiger Arbeiter gehört werden. Wir sollten uns aber hüten, schon jetzt Urteile zu fällen unter dem Druck der Explosionen entlassenen Beamten an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch wir sind gegen Vorgelege aus einem Urteilstell. Der Reichstag sollte sich mit den Entwürfen beschäftigen: wir sind damit einverstanden.

Abg. Schwarz-Waden (Unabh.): Der von Reichstagsgemeinschaft zu reden, ist nicht angebracht, das geht schon

